

TOP 36:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa

COM(2015) 192 final

Drucksache: 212/15

Die von der Kommission am 6. Mai 2015 vorgelegte Strategie für die Errichtung eines digitalen Binnenmarktes für Europa ist einer der von Kommissionspräsident Juncker im letzten Jahr angekündigten zehn politischen Schwerpunktbereiche der neuen Kommission. Unter dem digitalen Binnenmarkt versteht die Kommission einen Raum der Freizügigkeit von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, in dem Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen unter fairen Wettbewerbsbedingungen und unabhängig von Nationalität und Wohnsitz Online-Aktivitäten ausüben und Internetanwendungen nutzen können. Der digitale Binnenmarkt soll gewährleisten, dass Europa auch in Zukunft zu den Vorreitern der Digitalwirtschaft gehört. Mit der Strategie wird die Hoffnung auf Arbeitsplätze, Wachstum, Wettbewerb, Investitionen und Innovation verknüpft. Das europäische Bruttoinlandsprodukt soll um 415 Milliarden Euro gesteigert werden.

Die Strategie ist auf mehrere Jahre angelegt. Der Zeitplan sieht 16 legislative und nichtlegislative Vorhaben für 2015 und 2016 vor. Jedes einzelne Vorhaben wird eine Konsultation und eine Gesetzesfolgenabschätzung nach sich ziehen. Die drei Säulen der Strategie sind:

- Besserer Zugang für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen zu Waren und Dienstleistungen in Europa

Vorgeschlagene Maßnahmen sind unter anderem: Harmonisierung der zivilrechtlichen Vorschriften zum grenzüberschreitenden Online-Handel; Maßnahmen zur Verbesserung der Preistransparenz bei grenzüberschreitender Paketzustellung; Verbot von unberechtigtem Geoblocking; kartellrechtliche Untersuchung des E-Commerce-Sektors; Harmonisierung des Urheberrechts in Europa und verschärfte Ahndung gewerbsmäßiger Schutzverletzungen;

Reduzierung des mehrwertsteuerbedingten Verwaltungsaufwands bei Auslandsgeschäften aufgrund unterschiedlicher Mehrwertsteuersysteme.

- Verbesserung der Bedingungen für digitale Netzwerke und Dienste

Vorgeschlagene Maßnahmen sind unter anderem: Reform der EU-Telekommunikationsvorschriften (unter anderem für eine wirksame Koordinierung der Frequenznutzung sowie für Anreize zum Ausbau von Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzen und zur Schaffung gleicher Ausgangsbedingungen für alle Marktteilnehmer); Überprüfung des Rechtsrahmens für audiovisuelle Medien (unter anderem hinsichtlich Anpassungserfordernissen an die Entwicklung der Technologie und Märkte sowie zur Harmonisierung der Marktbedingungen für alle Marktteilnehmer); Überprüfung datenschutzrechtlicher Regelungen mit dem Ziel einer höheren Sicherheit bei Nutzung digitaler Dienste; öffentlich-private Partnerschaft mit der Industrie zum Thema Cybersicherheit zur Verbesserung von IT-Sicherheitslösungen und wirksameren Rechtsdurchsetzung.

- Ausschöpfung des Wachstumspotenzials für die digitale Wirtschaft

Vorgeschlagene Maßnahmen sind unter anderem: Initiative für freien Datenfluss innerhalb der EU; Europäische Cloud-Initiative; Stärkung der technischen Normung in zentralen Bereichen (zum Beispiel bei e-Gesundheit, Verkehrsplanung und intelligenter Energieverbrauchsmessung); Stärkung der digitalen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger.

Die **Empfehlungen der Ausschüsse** sind aus der **Drucksache 212/1/15** ersichtlich.